

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/16

Bonn, den 23. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Der demokratische Staat und seine Erfolge</u>	67

Von Heinz Ruhrau,
Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

3 - 4	<u>De Gaulle - Pompidou</u>	79
-------	-----------------------------	----

Das Wort des Generals - Trotzdem Kampf um die Nachfolge

Von Georg Scheuer, Paris

5 - 6	<u>1.025 Menschen aus Seenot gerettet</u>	80
-------	---	----

Höchste Zahl von Einsatzfahrten der Deutschen Gesellschaft zur
Rettung Schiffbrüchiger seit 103 Jahren

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:
Bundesmittel für Kindertagesstätten?
Fast nur Frauen in Pflegeberufen
Kurzmeldungen

Der demokratische Staat und seine Feinde.

Von Heinz Ruhnau,
Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ist ein Geschenk der westlichen Sieger des Zweiten Weltkrieges. Zu Geschenken hat man ein anderes Verhältnis als zu dem, was man sich selbst erworben hat.

Dieser "Geburtsfehler" der Bundesrepublik Deutschland wird heute sichtbar. Diesmal hat es länger gedauert als in den zwanziger Jahren. Die Geburtsstunde und die Entwicklungsjahre standen unter einem günstigeren Stern. Vollbeschäftigung und Aufbau, soziale Sicherheit und steigender Lebensstandard boten den Radikalen keine Grundlage.

Heute aber wird der demokratische Staat erneut infrage gestellt, und das nicht nur von den ewig Gestrigen. In einer großen Tageszeitung stand am letzten Wochenende: "Nur 24 Prozent würden sich danach (Meinungsumfrage) gegen die parlamentarische Demokratie aussprechen". Vor einer solchen Verniedlichung kann man nur warnen. Was wir alle nach 1945 nicht für möglich hielten, ist Wahrheit geworden: Die antidemokratischen Kräfte erhalten Nachwuchs aus der jungen Generation.

In den Auseinandersetzungen um die Grundlagen unseres demokratischen Staates tritt oftmals ein blinder Haß und ein neuer Fanatismus an den Tag. Da geht es nicht um Argumente, sondern nur noch darum, wie man mit Gewalt die eigenen Vorstellungen durchsetzen kann. Da wächst neues totalitäres Potential. Das widerspricht nicht dem sozialrevolutionären Gehabe einiger dieser Leute. Auch viele Faschisten haben ganz links angefangen. Totalitäre Denkbereitschaft - ist sie einmal vorhanden - kann von jedem Extremismus ausgebeutet werden, auf links oder rechts kommt es da nicht an.

Was ist zu tun in einer Lage, in der - wie Helmut Schmidt sagt - "das Anwachsen eines ideologisch verbrämten, in Wirklichkeit aber gefühlsmäßig bedingten, Anarchismus zu beobachten ist"? Es kommt auf vier Dinge an:

- * 1. Wir müssen fest bleiben in der Verteidigung der verfassungsmässigen Institutionen. Das Recht darf nicht in Frage gestellt werden. Opportunistisches Anbieten, wie man es hier und dort sieht, führt zu gar nichts; es ist sogar gefährlich.

- * 2. Wir müssen das ändern und reformieren, was der Änderung und der Reform bedürftig ist. Dabei sollten wir nicht immer danach schie-len, wieviel Sympathien uns das bringt oder kostet. Wenn etwas der Änderung bedürftig ist, dann müssen wir zügig und konsequent an das Problem herangehen.
- * 3. Jeder Politiker sollte sich mit Geduld auch kritischen Dis-kussionen stellen. Es scheint aber Mode zu werden, sich dabei beleidigen und beschimpfen zu lassen. Solcher "Großmut" schadet dem Ansehen unseres Staates. Seine Repräsentanten dürfen sich nicht zur Fußmatte machen lassen, auf der jeder seine Schuhe abtritt.
- * 4. Wir müssen unbeirrt und zäh darum ringen, daß die Bürger mehr Vertrauen in ihren Staat haben. Unser demokratischer Staat hat eine Überlebenschance nur, wenn er vom Vertrauen seiner Bürger getragen wird.

Das Jahr 1969 wird eine Herausforderung für die Demokratie mit sich bringen. Die Demokraten werden an zwei Fronten kämpfen müssen. Wir werden wieder lernen müssen, daß Demokratie nicht gleich Demokratie und Freiheit nicht gleich Freiheit ist.

Das Bedenkliche an den Ereignissen der letzten Wochen ist aber nicht die kleine Zahl radikaler Raubbrüder. Das Bedenkliche ist die Trägheit der großen Zahl. Wir wissen, wohin das führen kann. Lange vor 1933 wurden die Universitäten von den Nazis erobert. Ein Teil der Studenten und Professoren lief ihnen einfach nach, die anderen wollten ihre Ruhe haben.

Im September 1930 erzielten die Nazis bei den Reichstagswahlen in Berlin 12,8 Prozent der Stimmen. Der Nationalsozialistische Studentenbund brachte es bei den ASTA-Wahlen für das Wintersemester 1930/31 bereits auf 66,6 Prozent!

Die Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie wird - daran besteht wohl kein Zweifel - in der nächsten Zeit härter werden. Sie muß vor allem deutlicher werden, damit sich die Spreu vom Weizen scheidet. Den Demokraten aber muß man sagen: Steht nicht einfach am Rande und seht zu! Geht in die Arena der politischen Auseinandersetzung, denn hier werden die Grundlagen für die nächsten Jahre gelegt! Schart Euch um den demokratischen Staat, er ist die einzige Garantie, daß unsere Freiheit erhalten bleibt!

+ + +

De Gaulle - Pompidou

Das Wort des Generals - Trotzdem Kampf um die Nachfolge

Von Georg Scheuer, Paris

Um allen Spekulationen über seinen möglichen Rücktritt zu widersprechen, hat Staatspräsident de Gaulle jetzt erklärt, er wolle bis zum Ende seiner Amtszeit - also bis 1972 - im Amt bleiben. Diese Klarstellung war nach Pompidous Andeutung notwendig geworden. Gerüchtweise war von einem Rücktritt de Gaulles 1970 die Rede. Der General wird im nächsten Jahr 80 Jahre alt und feiert am 17. Juni 1970 den 30. Jahrestag seines ersten politischen Auftretens, des berühmten Londoner Widerstandsappells. Ein solches Datum wäre ein günstiger Anlaß für einen wirkungsvollen Abgang.

Trotzdem hat die Kandidatur des früheren Premierministers Georges Pompidou als eventueller Nachfolger de Gaulles für das höchste Amt der Fünften Republik das Rennen zum Präsidentenstuhl eröffnet.

Die Volkswahl entscheidet

Laut Verfassung wird der Staatspräsident alle sieben Jahre vom Volk gewählt, wobei die absolute Mehrheit (mehr als 50 Prozent) entscheidet; falls im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit zustande kommt, genügt in einem zweiten Wahlgang die relative Mehrheit. Jedenfalls sind dann nur noch die beiden Kandidaten zugelassen, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhielten.

Im Falle einer Verhinderung des Staatspräsidenten wird der Senatspräsident provisorisch Staatsoberhaupt bis zur nächsten Volkswahl des neuen Präsidenten.

Nach der von de Gaulles geplanten Verfassungsreform, die in diesem Jahr zur Volksabstimmung kommen dürfte, soll auch die provisorische Nachfolge neu geregelt werden. Demnach soll im Falle einer Vakanz nicht mehr der Senatspräsident, sondern der jeweilige Premierminister die Staatsgeschäfte bis zur Neuwahl leiten.

Rivalen

Dennoch rückt die Stunde der Ablösung im Elysée näher. Pompidou baut vor. Er hat im eigenen Lager viele Rivalen und Widersacher. Gaullisten der "ersten Stunde" werfen ihm sein relativ spätes politisches Engagement vor. Den Konservativen ist er zu gaullistisch-linientreu, den Linksgaullisten zu lau.

Pompidous Vorgänger, Michel Debré, und dessen Nachfolger, Maurice Couve de Murville, sind derzeit keine direkten Konkurrenten auf dem Weg ins Elysée. Gegenspieler kommen vor allem aus dem Lager der Unabhängigen Republikaner - Giscard d'Estaing -, aber auch von Leconsulsts christlich-demokratischen Zentrum. Diese Kräfte sind keineswegs ge-

neigt, auch nach de Gaulle eine Innen- und Außenpolitik zu dulden, von der sie hoffen, daß sie mit dem Verschwinden des Generals ein Ende nimmt.

Kraftprobe

Zu messen hätte sich Pompidou letzten Endes mit dem Vertreter der Linksoption. Über die Möglichkeit einer derartigen Kraftprobe gibt die letzte Präsidentenwahl (1965) Aufschluß. General de Gaulle erhielt damals im ersten Wahlgang nur 45 Prozent der abgegebenen Stimmen, also keine absolute Mehrheit, während Mitterrand als gemeinsamer Kandidat der Linken 35 Prozent verzeichnete; in dem somit notwendig gewordenen zweiten Gang bekam der General dann 55 Prozent und Mitterrand 45 Prozent. Seither gab es aber auch in den Reihen der Linksoption einen beträchtlichen Prestigeverschleiß. Die große Frage ist: Wer wird Pompidous Gegenspieler?

François Mitterrand besitzt heute nicht mehr die gleiche Anziehungskraft wie 1965. Er könnte wahrscheinlich noch einen Großteil der Linkswähler für sich gewinnen, aber das genügt nicht. Der neuen Linken ist er zu gemäßigt und dem Zentrum zu kommunistenfreundlich.

Gaston Defferre wieder hätte gewiß die Wähler der demokratischen Linken und des Zentrums, aber auch das reicht nicht. Die kommunistischen Wähler sind unverrückbar gegen den sozialdemokratischen Bürgermeister von Marseille.

Vermag vielleicht die Neue Linke durch eine Persönlichkeit wie beispielsweise Pierre Mendès-France die Spaltung der französischen Linken wenigstens anlässlich der Präsidentenwahl zu überbrücken?

Fragezeichen

In diesem Zusammenhang wurde in den letzten Monaten der Name eines Mannes genannt, der ebenso wie Mendès-France aus dem Lager der Radikalen kommt und Ministerpräsident unter der Vierten Republik war, sich aber - ohne seinen fortschrittlichen Ideen abzuschwören - der Fünften Republik zur Verfügung stellte: Edgar Faure.

Der gegenwärtige Unterrichtsminister ist im gaullistischen Lager ein Outsider und wird wegen seiner revolutionären Schulreform von rechtsgaullistischer Seite immer wieder als "Schrittmacher der Linken" hingestellt. Umso mehr hat er jedoch - obgleich Minister des Präsidentengenerals - die Sympathie der Linken und zum Teil sogar der Neuen Linken.

Falls es Edgar Faure gelingen sollte, seine im Parlament beschlossenen Reformen in die Tat umzusetzen und somit die Studentenrevolution in positive Bahnen zu lenken, hätte er der französischen Demokratie einen hervorragenden Dienst erwiesen und könnte eines Tages als Kandidat einer breiten Koalition auftreten, die von links über das Zentrum bis zum fortschrittlichen Flügel des Gaullismus reicht, während Georges Pompidou sich nur auf die konservative Fraktion des Gaullismus und einen Teil der Mittelklassen stützen könnte.

1.025 Menschen aus Seenot gerettet

Höchste Zahl von Einsatzfahrten der Deutschen Gesellschaft zur
Rettung Schiffbrüchiger seit 103 Jahren

BM - Mit 759 Fahrten in Seenotfällen erforderte das Jahr 1968 die in der über hundertjährigen Geschichte der in Bremen beheimateten Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger höchste Zahl von Einsätzen. Dabei wurden 1.025 Menschen gerettet oder aus unmittelbarer Gefahr befreit. Damit beläuft sich die Gesamtzahl der durch die Einrichtungen der Gesellschaft Geretteten auf nunmehr 18.591. Davon sind allein im letzten Jahrzehnt 7.251 gerettet worden.

Zur Erfolgsstatistik für 1968 gehören weiterhin die Bergung und der Transport von 85 Kranken und Verletzten sowie die Hilfeleistung für 395 Schiffe und Boote, darunter 230 Jachten und Sportfahrzeuge mit 494 Seglern bzw. Wassersportlern sowie 91 Fischerfahrzeuge mit 259 Fischern. Von den im Jahr 1968 Geretteten waren 154 Ausländer.

Eine der gefährvollsten Rettungen

Eine der gefährvollsten Rettungen des vergangenen Jahres gelang, von der Öffentlichkeit kaum vermerkt, am zweiten Weihnachtsfeiertag dem in Cuxhaven stationierten Seenot-Rettungskreuzer "Arwed Emminghaus", als das sowjetische MS "Njandoma" mit 24 Mann Besatzung auf dem berühmten Scharnhörnriff strandete. Als das Vorschiff bereits unter Wasser lag, konnte die "Arwed Emminghaus" zunächst 9 Mann der Besatzung unter schwierigen Umständen bergen und in Sicherheit bringen. Am 27. Dezember morgens wagten es die Rettungsmänner, auch den Kapitän und die übrige Besatzung zu bergen, als diese nun ebenfalls das Schiff verlassen wollten, weil sich dessen Lage verschlechtert hatte. Bei Schneetreiben und hoher See manövrierte der Seenot-Rettungskreuzer unter großer eigener Gefahr in der Brandung zwischen drei auf Scharhorn liegenden Wracks. Schließlich konnten die 15 sowjetischen Seeleute und der Bergungsinspektor geborgen werden.

Neue Bergungsschiffe notwendig

Auf den 21 Rettungsstationen - 15 an der Nordsee und sechs an der Ostsee - sind in den Schwerpunkten sieben schnelle Seenot-Rettungskreuzer mit Tochterbooten eingesetzt sowie ein schnelles gleichfalls mit Tochterboot ausgerüstetes 17m-Seenotrettungsboot, während auf den Zwischenstationen noch fünf ältere Motorrettungs-

boote und acht Strand-Motorrettungsboote im Dienst stehen. Auch sie sollen ersetzt werden durch moderne Seenot-Rettungsboote, die zum Einsatz auf flachem Wasser über ein mitgeführtes Tochterboot verfügen und mit 17 bis 18 Seemeilen Geschwindigkeit doppelt so schnell sind wie die alten Boote. Vier dieser ganz aus Leichtmetall hergestellten 19m- Seenotrettungsboote und vier 4,5 m lange Tochterboote, die mit 50 PS eine Geschwindigkeit von 10 Knoten laufen, wurden im Jahre 1968 in Auftrag gegeben. Sie werden im Frühjahr auf den Stationen Norderney, Wilhelmshaven, List und Maasholm in Dienst gestellt. Die bisher in List und Maasholm stationierten Boote gehen nach Nordstrand bzw. Grömitz.

Nach gründlicher Erprobung der neuen Schiffe, die durch eine doppelte Außenhaut nahezu unsinkbar und durch Formstabilität unkennterbar sind, plant die DGzRS, weitere Fahrzeuge dieses Typs zu bauen, um ihren Rettungsdienst stets auf dem neuesten Stand der technischen Möglichkeiten zu halten. Vor allem soll durch diese kleinen und wirtschaftlichen Fahrzeuge der raschen Entwicklung des Wassersports Rechnung getragen werden, der besonders in den Sommermonaten stets wachsende Anforderungen an den Rettungsdienst stellt. Sorge macht dabei den Rettungsmännern vor allem der nicht auszurotende Leichtsinns von Mächtegegn-Seeleuten und Binnenländern, die immer wieder in Unkenntnis der Gefahren jeden Rat in den Wind schlagen, die mit unzureichend ausgerüsteten und völlig ungeeigneten Fahrzeugen in See gehen und die damit sich und andere gefährden.

Um die sofortige Alarmierung ihrer Boote in Seenotfällen sicherzustellen, unterhält die DGzRS einen eigenen Seenotmeldedienst mit 14 landfesten Funkstationen, die ständig mit den Rettungsstationen in Verbindung stehen.

Freiwillige Leistungen

Die finanzielle Entwicklung der nach wie vor allein durch freiwillige Zuwendungen finanzierten Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger verlief auch 1968 dank der Hilfsbereitschaft und Anteilnahme ungezählter Freunde und Förderer befriedigend. Das Aufkommen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden von Firmen und Privatpersonen aus freiwilligen Abgaben der Schifffahrt, aus Listensammlungen und aus solchen von Schulen, nicht zuletzt aus Erträgen der bekannten Sammelschiffchen und aus Zuweisungen von Bußgeldern, ermöglichte die Durchführung des Rettungswerkes und, zusammen mit Ersparnissen aus früheren Jahren, den notwendigen Bau neuer Rettungsboote.

Jede Verbesserung bedeutet für die Rettungsmänner nicht nur größere Sicherheit, sondern vor allem auch erhöhte Aussicht auf Erfolg. Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger dankt ihren Freunden und Förderern, die bisher das Rettungswerk ermöglicht und getragen haben und bittet sie auch weiterhin um ihre Hilfe.